

17/SN-131/ME von 3



## ÖSTERREICHISCHER ARBEITERKAMMERTAG

A-1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22 Postfach 534

An das  
Präsidium des Nationalrates  
Parlament

Dr-Karl-Renner-Ring 3  
1010 Wien

20. APR. 1985

Datum: 5. APR. 1985

Verteilt: 9. APR. 1985

*St. Klavoc*

Ihre Zeichen

-

Unsere Zeichen

RA-ZB-1311

Telefon (0222) 65 37 65

Durchwahl 546

Datum

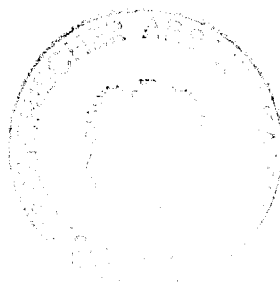
4.4.1985

Betreff:

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem  
das Vereinsgesetz 1951 geändert wird  
(Vereinsgesetznovelle 1985)  
S t e l l u n g n a h m e

Der Österreichische Arbeiterkammertag übersendet 25 Exemplare seiner Stellungnahme zu dem im Betreff genannten Gesetzentwurf zur gefälligen Information.

Der Präsident:



Der Kammeramtsdirektor:

iA

Beilagen

**ÖSTERREICHISCHER ARBEITERKAMMERTAG**

A-1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22 Postfach 534

An das  
Bundesministerium für Inneres  
Generaldirektion für die  
Öffentliche Sicherheit

1014 Wien  
Postfach 100

Ihre Zeichen

90.745/2-II/15/85 RA/Dr.Sta/1311

Unsere Zeichen

Telefon (0222) 65 37 65

Durchwahl 546

Datum

26.3.1985

Betreff Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem  
das Vereinsgesetz 1951 geändert wird  
(Vereinsgesetznovelle 1985)

Der Österreichische Arbeiterkammertag beehrt sich mitzuteilen,  
daß dem Entwurf einer Vereinsgesetznovelle 1985 zugestimmt  
wird.

Es wird jedoch angeregt, im Vereinsstatut neben einer nun  
umfassenderen Umschreibung des Vereinszweckes auch weiter-  
hin eine Angabe über die Mittel des Vereines und die Art  
ihrer Aufbringung vorzusehen. Der Auffassung in den Erläute-  
rungen zu dieser Bestimmung, wonach eine klare und um-  
fassende Umschreibung des Vereinszweckes eine Erwähnung der  
Mittel entbehrlich mache, kann der Österreichische Arbeiter-  
kammertag nicht beipflichten.

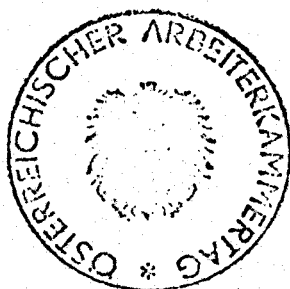
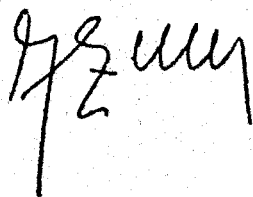
Weiters wird ersucht, den § 6 Abs.1 der Novelle dahingehend  
abzuändern, daß das Wort "kann" durch eine entsprechende  
Istbestimmung ersetzt wird. Es ist nicht einzusehen, daß die  
Untersagung der Vereinsbildung auch dann im freien Ermessen  
des Landeshauptmannes liegen soll, wenn die Vereinsgründung  
offenbar rechtswidrig ist.

## ÖSTERREICHISCHER ARBEITERKAMMERTAG

2. Blatt

Zu § 13 zweiter Satz der Novelle werden Bedenken dahingehend angemeldet, ob diese Bestimmung für eine ausreichende Information der Mitglieder überhaupt erforderlich ist. Vor allem bei großen Vereinen werden kaum lösbare Schwierigkeiten bei der Umsetzung dieser Vorschrift in die Praxis zu erwarten sein. In diesem Zusammenhang erscheint auch die Zahl "zehn" vor allem im Hinblick darauf, daß es in Österreich auch Vereine mit mehr als einer Million Mitglieder gibt, als etwas willkürlich gewählt. Nach Ansicht des Österreichischen Arbeiterkammertages ist daher der zweite Satz im § 13 Entwurf durchaus entbehrlich.

Der Präsident:



Der Kammeramtsdirektor:

